



Bundespolizisten bei Kontrolle in Jonsdorf, Bahnhofsvorplatz in Seiffhennersdorf: „Erst wird fusioniert, dann ruiniert“

SICHERHEIT

„Zum Plündern freigegeben“

In der Oberlausitz in Sachsen wird so oft eingebrochen wie in kaum einer anderen ländlichen Region Deutschlands. Die Polizei baut Stellen ab, die Bürger verlieren das Vertrauen in den Staat.

Polizeihauptkommissar Michael Lutter betritt den Besprechungsraum der Inspektion Ebersbach an der deutsch-tschechischen Grenze, er wedelt mit einem Zettel. „Heute sind es 15“, sagt er, „ein Minibagger ist auch dabei.“

Es ist die Liste der gestohlenen Autos, die zur Fahndung ausgeschrieben sind, hauptsächlich Modelle von VW, Škoda und Seat. „Pass auf, dass euch der Bagger nicht überholt“, frozelt ein Kollege. „Lass dir mal 'nen neuen Witz einfallen“, antwortet Lutter, zieht die blaue Dienstjacke an und tritt in den Hof. Sein Kollege wartet im VW-Bus, es geht auf Streife.

Lutter und seine Kollegen sind Bundespolizisten, eigentlich sollen sie verhindern, dass Flüchtlinge ohne Pass über die Ostgrenze nach Deutschland kommen. Tatsächlich versuchen sie nun zu verhindern, dass alles Wertvolle über diese Grenze nach Osten verschwindet. In der Oberlausitz, wo Sachsen an Tschechien und Polen grenzt, wird so viel gestohlen wie kaum irgendwo sonst im Land: Autos, Kupfer, Werkzeug, selbst Schuhe aus Hausfluren.

Zuständig für die Jagd auf Diebe ist eigentlich die Landespolizei. Doch in den nächsten Jahren wird Sachsens CDU-Innenminister Markus Ulbig wohl rund ein Fünftel der Stellen im Land streichen.

Nachts sind in den Dörfern und Kleinstädten die Straßen menschenleer. Nachbarn besuchen einander nicht mehr, weil

niemand sein Haus unbeaufsichtigt zurücklassen möchte. Fremde werden misstrauisch beäugt. „Die Politik lässt uns im Stich“, klagen Einwohner.

Hauptkommissar Lutter und sein Kollege rollen kurz nach 14 Uhr durchs Tor des Reviers. Nur für ein paar Meter geht es die abschüssige Straße hinunter, dann fahren sie an der Autowerkstatt von Wolfgang Liebscher vorbei. Der Kraftfahrzeugmeister musste Lutters Kollegen schon öfter rufen. „Fünfmal haben sie bei mir eingebrochen“, sagt er.

Ein schwerer Metallzaunriegel seinen Hof ab, Bewegungsmelder, Kameras und eine Alarmanlage sichern das Gelände. Geld, das er lieber in den Betrieb stecken würde, muss er in Sicherheit investieren. Bislang habe seine Versicherung bezahlt, sagt Liebscher. Aber wie lange noch? Nachts liegt der Kleinunternehmer mit dem Telefon in der Hand im Bett und wartet, dass die Alarmanlage losgeht. „So kann das nicht weitergehen“, sagt er.

Der Kfz-Meister ist Vorsitzender des Gewerbevereins Oberland, die Selbständigen beklagen sich bei ihm. Es geht um die Einbrüche, die Diebstähle und darum, wie hilflos sich alle fühlen. Die Unternehmer gründeten eine Bürgerwehr, sie liefen Streife, sie schoben Wache vor ihren Geschäften, jede Nacht. Sie haben aufgegeben. Lange halte das keiner aus. Aber die Angst sei geblieben. „Die Leute

gehen kaputt“, sagt Liebscher. Er selbst konnte nicht mehr schlafen, verlor acht Kilo Gewicht. Liebscher brauchte einen Psychiater, der ihm beibringen musste, mit dem Stress zu leben.

Die Kriminalität wuchs für die Grenzgemeinden zum alles überlagernden Problem, als Tschechien und Polen Ende 2007 dem Schengen-Raum beitraten. Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen stieg die Zahl der Delikte an der sächsischen Außengrenze, von 2009 auf 2010 etwa um 7,9 Prozent auf 22 117 Fälle, darunter Diebstähle, Einbrüche, Raubüberfälle.

Die sogenannte Häufigkeitszahl misst die Anzahl der Delikte pro 100 000 Einwohner. Beim Autodiebstahl hat sie sich an den sächsischen Ostgrenzen in fünf Jahren mehr als verdoppelt, von 72 im Jahr 2006 auf 186 im Jahr 2010. In einigen Grenzgemeinden werden rund 6-mal so viele Autos gestohlen wie in Chemnitz und rund 60-mal so viele wie im Bundesdurchschnitt.

Es ist 15.10 Uhr, als Lutter und sein Kollege an einer Kreuzung in Jonsdorf ihren ersten FÜP einrichten, den sogenannten Fahndungsüberprüfungspunkt. Die Sonne scheint hell vom wolkenlosen Himmel, aber sie wärmt nicht. Ein Škoda biegt um die Ecke, am Steuer eine Frau. Lutter zückt die Kelle: „Guten Tag, die Bundespolizei, Ihre Papiere bitte.“

„Ihr hättet mal letzte Woche hier sein sollen, als die beiden Busse geklaut wurden“, meckert die Beifahrerin. „Wär schön gewesen“, sagt Lutter, „vielen Dank und auf Wiedersehen.“

Lutter stammt aus Westerstede in Niedersachsen, 1992 hatte er sich zum Dienst an der neuen Grenze im Osten gemeldet. Wilde Zeiten waren das damals, der Job war spannend, eine Kollegin auch, und so blieb er. „Früher hatten wir es viel mit Schleusern und Flüchtlingen zu tun, heute sind es immer mehr Eigentumsdelikte“, sagt der Hauptkommissar.



Deutsch-tschechische Grenze bei Ebersbach, Einbruchsoffer Wünsche: *Früher kamen Flüchtlinge, heute kommen Diebe*

Die Grenze ist hier oft nur eine Wiese, ein schmaler Waldstreifen, manchmal ist es auch die Mitte der Straße. Linke Fahrspur Deutschland, rechte Fahrspur Tschechien. Linke Seite reich, rechte Seite arm. Ein Mittagessen im Restaurant kostet drüben nicht einmal die Hälfte, auch Sprit ist viel billiger. Die Deutschen fahren deshalb gern rüber.

Nur nicht am Wochenende. Dann finden in den Orten jenseits der Grenze Demos gegen Roma statt, die dort für den Anstieg der Kriminalität verantwortlich gemacht werden. Sie sind die Sündenböcke. Viele Roma sind neu zugezogen, manche leben schon seit Jahrzehnten dort. Rechtsradikale mischen sich unter die Demonstranten und skandieren Nazi-Parolen. Das tschechische Innenministerium schickte 200 Polizisten, um den Mob zu stoppen.

Er wolle die Lage nicht dramatisieren, sagt Christian Kretschmar aus Ebersbach, er wolle weder Tschechen, Roma, Polen noch Deutschen die Schuld geben. Aber wegzuschauen bringe auch nichts. „Man hat nicht überall so viel Kriminalität, deshalb muss man hier in Ostsachsen was tun“, sagt er. Politiker wie Sachsens CDU-Generalsekretär Mi-

chael Kretschmer versuchten bislang, die Probleme als „gefühlte Kriminalität“ zu verharmlosen.

Christian Kretschmar ist Ehrenbürger der Stadt Ebersbach-Neugersdorf, er trägt ein graues Tweedsakko mit Weste, dazu ein weißes Hemd mit Krawatte, er ist 81 Jahre alt. Einst war er Chefarzt im Ebersbacher Krankenhaus, dessen Kreißsaal angeblich auf tschechischem Boden steht.

Als die Mauer zum Westen fiel, zogen die Menschen weg. Der Ortsteil Ebersbach hat seit der Wende ein Drittel seiner Bewohner verloren. Mit der offenen Ostgrenze kamen dann die Diebe. „Patienten begannen über Schlafstörungen und Angstzustände zu klagen“, sagt Kretschmar. 1991 gründete er die Bürgerinitiative Grenzsicherheit. Tagsüber debattierte Kretschmar mit Polizisten und Politikern, nachts ging er auf Streife, erst mit Trillerpfeife und CB-Funk, später mit Handy.

Erreicht habe er in all den Jahren nichts. Das dokumentiert ein Stapel Zeitungsausschnitte, den der Arzt im Ruhestand mitgebracht hat. Meldungen über Diebstähle, Einbrüche, Überfälle, jeden Tag. Wer sich den Tätern in den Weg stellt, riskiert, zusammengeschlagen zu werden. Die Tipps der Polizei, wie die Einwohner sich und ihr Eigentum besser schützen können, sind dagegen banal. „Die Politik reißt die Grenzen ein, und wir sollen Zäune bauen“, sagt Kretschmar, „das passt doch nicht zusammen.“

Die Menschen versuchen es mit selbstgemalten Warnschildern. Damit die vermeintliche Zielgruppe sie versteht, sicherheitshalber auch auf Tschechisch. „Hier wurde dreimal Buntmetall gestohlen. Alles fort. Erneuter Versuch wäre erfolglos, aber lebensgefährlich“, heißt es an einem Haus an der Rosa-Luxemburg-Straße in Seifhennersdorf. Selbst Bronzeblumen von Grabsteinen werden geklaut.

Mehr als zehnmals brachen Diebe in das historische Umgebendehaus von Her-

bert Wünsche ein. Die Versicherung hat ihm längst gekündigt. „Am liebsten würde ich alles verkaufen und wegziehen“, sagt der Rentner. Einen Käufer fand er noch nicht.

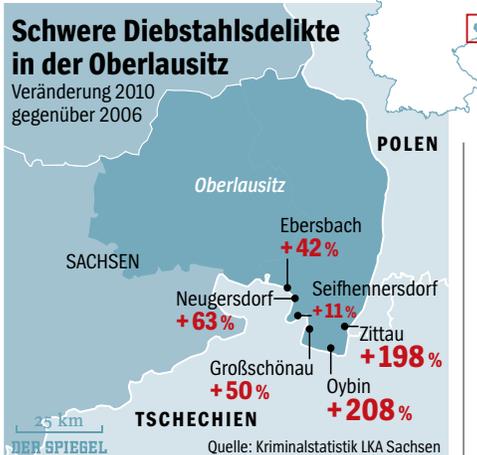
Am Hochwald des Zittauer Gebirges wirbt der Kurort Oybin um Touristen, aber es wäre nach Ansicht von Knut Popken geradezu leichtfertig, mit einem ordentlichen Wagen anzureisen. Es müssen keine Limousinen von BMW oder Mercedes sein, Kleinbusse sind begehrt. „Besonders ein VW Bulli T 4 ist sofort weg“, sagt Popken. Er betreibt die „Kammbaude“, eine Gaststätte mit Pension am Ortsrand. Wenn er Gäste mit teuren Autos hat, blockiert er die Straßen Richtung Grenze mit schweren Feldsteinen.

Auch Sachsens Innenminister Ulbig hat die Sicherheitsmaßnahmen des Gastwirts zur Kenntnis genommen. Auf einer lokalen Sicherheitskonferenz des Kfz-Gewerbes in Löbau hat er sie als „gute Idee“ gepriesen. Die Bauhöfe der Gemeinden, sagte er, würden bestimmt gern mit schwerem Gerät helfen. Erst kürzlich baten die Führungskräfte der Polizei wieder die Bürgermeister um Unterstützung gegen die Diebe. In der Oberlausitz ist es normal geworden, dass die Polizei die Bürger um Hilfe bitten muss und nicht andersherum.

Zwei Phänomene treffen hier am Rand von Sachsen zusammen: die offene Grenze nach Osten und die Verödung der Region, weil Menschen wegziehen, Theater, Schulen, Kneipen und auch Polizeiwachen dichtmachen.

Das sei der Vorboten dessen, was auch andernorts auf dem Land kommen werde, glaubt Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen: „Wir werden dieses Phänomen in Zukunft öfter erleben.“ Mancherorts drohe „der Zusammenbruch der Zivilisation“.

Das Gefühl, dass die Oberlausitz abgeschrieben sei, haben deren Bewohner



schon lange. Viele haben das Vertrauen in die Institutionen verloren. Ihre Region sei „zum Plündern freigegeben“, sagt Werkstattbetreiber Liebscher.

Bei der jüngsten Landtagswahl lag die Beteiligung nur noch knapp über 50 Prozent. Die Kommunalwahl 2009 brachte der NPD 74 Mandate in 63 Städten und Gemeinden. Den etablierten Parteien traut niemand Lösungen zu, sie regieren nur in einem Viertel der Gemeinden.

Und Sachsens Innenminister wird in den kommenden Jahren knapp 3000 der rund 14 000 Stellen bei der Polizei streichen, von 72 Revieren sollen 31 dichtmachen. Ohne die Bundespolizei wären in der Oberlausitz wohl Recht und Ordnung längst zusammengebrochen.

„Wir haben oft Aufgaben der Landespolizei übernommen“, sagt Wolfgang Schmidt, der für die Gewerkschaft der Polizei im Personalrat sitzt. Die Landespolizisten mussten 2009 laut der Gewerkschaft fast doppelt so oft um Unterstützung durch die Bundespolizei bitten wie 2005. Aber die Bundespolizisten haben keine Kapazitäten mehr. Einst waren in Ebersbach 574 Bundesbeamte stationiert. Heute sind es 326, es sollen noch weniger werden.

Für Karin Berndt, 54, Bürgermeisterin von Seiffhennersdorf, ist das eine Horrorvorstellung. Seit 2002 ist sie im Amt, seitdem versucht sie, den Verfall des Ortes aufzuhalten. „Weil im örtlichen Revier niemand ans Telefon gegangen ist, bin ich schon persönlich zur Wache gefahren“, sagt sie. Sie stand vor verschlossenen Türen, niemand da. Bereits ein Verkehrsunfall kann dazu führen, dass kein Streifenwagen zur Verfügung steht.

Mehrere Polizeireformen hat Berndt schon erlebt, Umstrukturierungen, bei denen am Ende immer weniger Polizisten übrig waren. Von mehreren Wachen ist nur die in Seiffhennersdorf geblieben. „Die Aufgaben werden auf uns abgewälzt, und wir haben Streit untereinander“, sagt die Bürgermeisterin. Mit der Polizei sei das so wie mit der Schule und mit dem Theater, sagt Berndt: „Erst wird fusioniert, dann ruiniert.“

Kurz vor 16 Uhr klingelt Lutters Telefon. Es ist ein Diensttelefon, weil der Polizeifunk hier kaum funktioniert. „Im Kaufland Ebersbach wurde ein Ladendieb wiedererkannt“, sagt der Bundespolizist. „Wir sind zu weit weg, aber unsere Kollegen sind schon unterwegs.“ Um Ladendiebe müsste sich eigentlich die sächsische Polizei kümmern. Aber die hat nicht genug Leute für den Dieb im Kaufland, nicht genug für die Oberlausitz.

ANDREAS ULRICH



Video: Andreas Ulrich an der tschechischen Grenze
Für Smartphone-Benutzer:
Bildcode scannen, etwa mit der App „Scanlife“.